

Parlamentswahl in der Ukraine

Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten

Der Wahlkampf in der Ukraine tritt in seine heiße Phase ein. Parteien und Wahlbündnisse haben ihre Kandidaten aufgestellt. Für die am 31. März stattfindenden Parlamentswahlen treten nicht weniger als 80 Parteien an, die meisten davon in Wahlbündnissen. Hierzu kommen zur Zeit ca. 2007 oft finanzstarke Einzelkandidaten in Direktwahlkreisen, viele davon ohne jegliche Parteienbindung. Den Sprung in die Werchowna Rada (Vier-Prozen-Hürde) werden aber nur wenige schaffen.

■ Langes Tauziehen um das neue Wahlgesetz

Noch Anfang Oktober war völlig unklar, ob der Wahlkampf in der Ukraine rechtzeitig beginnen kann. Viermal wurde das neue Gesetz vom Parlament verabschiedet, viermal machte der Präsident von seinem Vetorecht Gebrauch. Umstritten waren vor allem das Verhältnis zwischen Direktmandaten und Parteilisten, die Zusammensetzung der Wahlkommissionen und die Dauer des Wahlkampfes. Ein Kompromiss kam erst nach langem Tauziehen am 18. Oktober zustande.

■ Referendumsergebnisse wurden nicht umgesetzt

Den Kassettenskandal („Kutschma-Gate“) Anfang des Jahres 2001 hat der ukrainische Präsident innenpolitisch relativ unbeschadet überstanden. Heute – mehr als ein Jahr nach dem mutmaßlichen Mord an dem Journalisten Gongadse und der Veröffentlichung der im Amtszimmer Kutschmas heimlich mitgeschnittenen und ihn belastenden Gespräche – sitzt das Staatsoberhaupt wieder fest im Sattel. Der Opposition, die Kutschma vorgeworfen hatte, den Mord an dem regimekritischen Journalisten in Auftrag gegeben zu haben sowie in zahlreiche Korruptionsaffären verwickelt zu sein, war es trotz zahlreicher Protestaktionen und Bürgerinitiativen („Ukraine ohne Kutschma“) nicht gelungen, seinen Rücktritt zu erzwingen. Der Skandal hatte dennoch wichtige Aus-

wirkungen für die ukrainische Innenpolitik – die Werchowna Rada verweigerte dem geschwächten Präsidenten im Januar den Gehorsam und stimmte gegen die Umsetzung des umstrittenen Referendums vom April 2000. Dieses sah unter anderem die Ausweitung der präsidentialen Kompetenzen, die Verkleinerung des Parlaments auf 300 Sitze sowie die Einführung einer zweiten vom Präsidenten kontrollierten Kammer vor. Die hierzu erforderlichen Verfassungsänderungen wurden erst gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

■ **Konflikt um die Zusammensetzung des Parlaments**

Nachdem klar wurde, dass im Parlament auch künftig 450 Abgeordnete vertreten sein werden, kam es zu einem Streit über die Verteilung der Sitze zwischen Direktmandaten und Parteilisten. Laut dem ersten Entwurf der Werchowna Rada sollten sämtliche Abgeordnete ausschließlich nach Parteilisten gewählt werden. Insbesondere die Kommunisten, die über eine straffe Parteistruktur und feste Anhängerschaft verfügen, wollten für diese Vorlage votieren: durch das neue Gesetz erhofften sie sich ein noch höheres Wahlergebnis. Die entscheidenden Stimmen kamen jedoch aus den Reihen der Nationaldemokraten. Am 18. Januar 2001 votierten 254 Abgeordnete für diesen Gesetzentwurf. Nach dem Veto des Präsidenten verabschiedete das Parlament im Juni eine neue Fassung des Wahlgesetzes. Diesmal sollten 335 oder 75 Prozent der Sitze in der Werchowna Rada nach Parteilisten vergeben und 115 Abgeordnete in Einzelwahlkreisen direkt gewählt werden. Doch Kutschma nutzte erneut sein Vetorecht – während im Juli das Parlament in der dritten Fassung des Gesetzes das Verhältnis 75:25 unverändert gelassen hatte, votierte es im September bereits für das Verhältnis 50:50, wie es auch schon im alten Wahlgesetz vorgesehen war. Die endgültige Fassung konnte jedoch erst am 18. Oktober verabschiedet werden.

Der eigentliche Grund für den Konflikt war wohl, dass in den Direktwahlkreisen den Behörden viel mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen, Einfluss auf die Aufstellung der Kandidaten und deren Erfolgchancen auszuüben. Direktmandate sind insbesondere auch für die pro-präsidentialen Oligarchen-

■ **Nach dem Veto des Präsidenten verabschiedete das Parlament im Juni eine neue Fassung des Wahlgesetzes. Diesmal sollten 335 oder 75 Prozent der Sitze in der Werchowna Rada nach Parteilisten vergeben und 115 Abgeordnete in Einzelwahlkreisen direkt gewählt werden.**

gruppen wichtig – mit Ausnahme des Wahlblocks „Unsere Ukraine“ des ehemaligen Premiers Juschtschenko und den Kommunisten kann keine andere Partei auf die Überwindung der Vier-Prozent-Hürde mit einem komfortablen Stimmenpolster rechnen. Über die Direktwahlkreise können finanzstarke Gruppierungen, aber auch solche Kandidaten, die in einer Region die Gunst lokaler Behörden genießen, ihren Einzug ins Parlament sichern.

Der Präsident hatte seinen Einspruch gegen die Ausweitung des Verhältniswahlsystems immer wieder mit dem Argument begründet, dass das gegenwärtige Parteiensystem dafür noch nicht reif sei und die Wähler ein besseres Vertrauensverhältnis zu ihnen persönlich bekannten Kandidaten aus der regionalen Elite hätten. Mit den letzteren war natürlich die – von der Präsidialverwaltung ferngesteuerte – örtliche Nomenklatura gemeint.

Nicht nur in der Frage nach dem Verhältnis zwischen Parteilisten und Direktmandaten konnte sich Präsident Kutschma durchsetzen. Auch bei der Dauer des Wahlkampfes gab das Parlament klein bei. Obwohl sich die Abgeordneten in früheren Fassungen des Wahlgesetzes für einen 170-tägigen Wahlkampf ausgesprochen hatten, wurde in der Endfassung der Vorschlag des Präsidenten akzeptiert und eine 90-Tage-Frist festgesetzt.

Das neue Wahlgesetz im Überblick:

- Die 450 Parlamentsabgeordneten werden zur Hälfte jeweils in Direktwahlkreisen und nach Parteilisten gewählt.
- Für die Parteien und Wahlblöcke gilt eine Vier-Prozent-Klausel.
- Der Wahlkampf beginnt 90 Tage vor dem Wahltermin.
- Für die Registrierung durch die Zentrale Wahlkommission (ZWK) wird eine Geldkaution hinterlegt – 1 020 Griwna (ca. 200 Euro) für Einzelkandidaten und 255 000 Griwna (ca. 53 000 Euro) für Parteien. Diese Kautions wird bei Wahlerfolg zurückgezahlt. Nach dem alten Wahlgesetz mussten für die Registrierung noch Unterschriften gesammelt werden.
- Antreten dürfen nur Parteien, die mindestens zwölf Monate vor dem Wahltermin beim Justizministerium registriert worden sind. Diese Einschränkung gilt nicht für Wahlblöcke.

■ **Obwohl sich die Abgeordneten in früheren Fassungen des Wahlgesetzes für einen 170-tägigen Wahlkampf ausgesprochen hatten, wurde in der Endfassung der Vorschlag des Präsidenten akzeptiert und eine 90-Tage-Frist festgesetzt.**

- Die Anmeldefrist für die antretenden Parteien und Wahlblöcke bei der Zentralen Wahlkommission endet 65 Tage vor dem Wahltermin (am 24. Januar).
- In den regionalen und lokalen Wahlkommissionen (zweölf bis 20 Mitglieder) sitzen Parteien, die bei den letzten Parlamentswahlen die Vier-Prozent-Hürde genommen haben. Weitere Mitglieder werden unter den anderen Parteien ausgelost.

Die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem alten Wahlgesetz von 1997 sind also eine Verkürzung der Wahlkampfdauer auf 90 Tage und ein Ersatz der Unterschriftensammlung durch Kautionszahlung bei der Registrierung.

■ **Die ukrainische Parteienlandschaft: schwache Strukturen, unklare Programme**

Auch nach der Verabschiedung des neuen Parteiengesetzes im April vergangenen Jahres hat sich an der allgemeinen Schwäche der ukrainischen Parteienlandschaft seit den letzten Parlamentswahlen 1998 nichts geändert. Die meisten der rund 120 registrierten Parteien sind „virtuelle Parteien“: sie ähneln eher Diskussionsclubs, nur wenige haben eine breite Mitgliederbasis. Neben den Kommunisten mit 140000 und den Vereinigten Sozialdemokraten mit angeblich 320000 Mitgliedern verfügen keine weiteren Parteien über eine landesweit ausgebaute Organisationsstruktur. Die meisten sind bestenfalls in ihren Heimatregionen bekannt und weisen nur wenige tausend Mitglieder auf.

Auch die programmatische Ausrichtung wird von den meisten Parteien vernachlässigt. Ausnahmen stellen die Linken und die Kernparteien des Wahlbündnisses „Unsere Ukraine“ von Viktor Juschtschenko dar. Die Bezeichnungen „liberal“, „demokratisch“, „sozial“ oder gar „christdemokratisch“ sagen wenig über das eigentliche Parteiprofil aus. Wichtiger für die Einordnung einer Partei aus Sicht der Wähler ist deren Nähe zum Präsidenten. Je intensiver der – wirkliche und vermutete – Zugang zum Machtzentrum um den Präsidenten, desto größer ist auch die Anziehungskraft einer Partei auf Überläufer aus anderen Parteien.

■ **Die meisten der rund 120 registrierten Parteien sind „virtuelle Parteien“: sie ähneln eher Diskussionsclubs, nur wenige haben eine breite Mitgliederbasis.**

Dabei kann man jedoch auch auf das falsche Pferd setzen. So hat die Demokratische Volkspartei, die nach den Parlamentswahlen 1998 als „Partei der Macht“ gehandelt wurde, mit der Zeit zunehmend an Einfluss verloren. Diese Rolle haben inzwischen die „Werktätige Ukraine“ und der um sie herum gebildete neue Wahlblock „Za jedinu Ukrainu“ übernommen, die sich auf den Dnipropetrowsker Clan stützen.

■ **Zwar sind die bedeutendsten Parteien mit eigenen Fraktionen im Parlament (s. Anhang I) vertreten. Die Unfähigkeit der Legislative, eine langfristig arbeitsfähige Koalitionsmehrheit zu bilden, schwächt jedoch das Parlament gegenüber dem mit großer Machtfülle ausgestatteten Präsidenten zusätzlich.**

Zwar sind die bedeutendsten Parteien mit eigenen Fraktionen im Parlament (s. Anhang I) vertreten. Die Unfähigkeit der Legislative, eine langfristig arbeitsfähige Koalitionsmehrheit zu bilden, schwächt jedoch das Parlament gegenüber dem mit großer Machtfülle ausgestatteten Präsidenten zusätzlich. Fraktions- und Parteibildung nehmen mitunter groteske Züge an: die kürzliche Bildung von „Jednist“ (Einheit) ist der für die Ukraine nicht untypische Fall, dass eine Partei nicht etwa eine Fraktion bestimmt, sondern dass eine „Fraktion“ sich ihre Partei bzw. ihr Wahlbündnis schafft.

Kein Wunder, dass im noch amtierenden Parlament die Fluktuation zwischen den Fraktionen so hoch war, dass zu Ende der Legislaturperiode die Zusammensetzung der Werchowna Rada mit der Sitzverteilung nach der letzten Wahl von 1998 (die kommunistische Fraktion ausgenommen) kaum noch etwas zu tun hat. Als Beispiel soll hier der einflussreiche Unternehmer, Zucker- und Schiffsbaumagnat Poroschenko angeführt werden: Poroschenko, der anfangs zu den Sozialdemokraten gehörte, gründete alsbald eine eigene Abgeordnetengruppe „Solidarität“, war im Frühjahr 2001 einer der Mitbegründer der „Partei der Regionen“ und lief schließlich mit seiner Partei in den Juschtschenko-Block über. Nun will man den Überläufern, die nach Parteilisten gewählt worden sind, per Verfassungszusatz einen Riegel vorschieben. Eine entsprechende Initiative des Parlaments wurde vom Verfassungsgericht gebilligt. Eine Entscheidung steht aber noch aus.

■ **Positionen im Wahlkampf: Favoriten und Außenseiter**

Während für viele Parteien die Vier-Prozent-Hürde wohl zu einem unüberwindbaren Hindernis werden wird, ringen die größeren um die Erweiterung ihres

Einflusses. Es geht ja schließlich auch um eine günstige Startposition vor der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004. Die meisten Wahlblöcke haben sich erst im vergangenen Herbst formiert. Fast alle Experten nehmen nun an, dass der Endkampf zwischen vier Parteien und Wahlblöcken entschieden wird, die zusammen genommen bis zu 80 Prozent der Sitze im neuen Parlament erhalten könnten.

Die Favoriten

Der Block von Ex-Premier Juschtschenko „Unsere Ukraine“

Dem seit Juli bestehenden Bündnis „Nascha Ukraina“ unter Führung des populären Ex-Premiers gehören die wichtigsten nationaldemokratischen und wirtschaftsliberalen Parteien als Gründungsmitglieder an: Die beiden Rukh unter Kostenko und Udowenko, die sich nach der Wahl wiedervereinigen wollen (1998 hatte der vereinte Rukh unter Tschornowil noch 9,4 Prozent erreicht), und „Reformen und Ordnung“ (Wahlergebnis 1998: 3,13 Prozent) unter Ex-Vizepremier Pynsenyk. Diese Parteien der Mitte sind jedoch nur im Westen und Zentrum der Ukraine mehrheitsfähig.

Um das deutliche Defizit im Osten und Süden auszufüllen, hat Juschtschenko bereits einige überraschende Kapriolen geschlagen: Obwohl als Hoffnungsträger der Opposition angetreten, ist er offensichtlich bestrebt, es sich mit der Präsidentschaftsverwaltung nicht zu verderben und hat hierzu Gefolgsleute des Präsidenten herangezogen: Er machte den Vertreter des Präsidenten in der Werchowyna Rada zum politischen Koordinator und Poroschenko, den Vorsitzenden einer präsidentennahen Abgeordnetengruppe, zum Wahlstabsleiter. Der Beitritt der Liberalen Partei von Schtscherban, die im Osten und im Süden des Landes Rückhalt in der Bevölkerung hat, könnte Juschtschenko von dort entsprechenden Zulauf verschaffen.

„Unsere Ukraine“ verspricht einen transparenten und „moralischen“ Staat, mehr Wohlstand durch fairen Wettbewerb und Förderung der Klein- und Mittelunternehmen sowie eine effiziente Sozialpolitik. Ferner steht sie für die EU-Assoziation des Landes. Das Rating des Blocks mit 21 Prozent liegt im Moment vor allen anderen.

■ Dem seit Juli bestehenden Bündnis „Nascha Ukraina“ unter Führung des populären Ex-Premiers gehören die wichtigsten nationaldemokratischen und wirtschaftsliberalen Parteien als Gründungsmitglieder an: Die beiden Rukh unter Kostenko und Udowenko, die sich nach der Wahl wiedervereinigen wollen, und „Reformen und Ordnung“ (Wahlergebnis 1998: 3,13 Prozent) unter Ex-Vizepremier Pynsenyk.

Zur Mehrheitsbildung nach der Wahl erklärte Juschtschenko in seiner typisch vagen Art, dass NU mit „allen demokratisch gesinnten Parteien und Gruppen, die das Wohl der Ukraine zum Ziel haben“, zusammenarbeiten wolle. Als potenzielle Partner nannte er Omeltschenkos „Jednist“ und „Za Jedinu Ukrainu“.

Die Kommunisten

■ **Die Kommunisten (KPU) gelten in der Ukraine seit einigen Jahren als „hoffähige Opposition“. Nach dem Wahlsieg von Präsident Kutschma gegen seinen kommunistischen Herausforderer Petro Simonenko 1999, bei dem das Gespenst einer „kommunistischen Revanche“ durch Kutschmas Wahlhelfer taktisch erfolgreich ausgespielt wurde, erscheinen sie der Präsidentialverwaltung offenbar nicht mehr als ernsthafte und gefährliche Gegner.**

Die Kommunisten (KPU) gelten in der Ukraine seit einigen Jahren als „hoffähige Opposition“. Nach dem Wahlsieg von Präsident Kutschma gegen seinen kommunistischen Herausforderer Petro Simonenko 1999, bei dem das Gespenst einer „kommunistischen Revanche“ durch Kutschmas Wahlhelfer taktisch erfolgreich ausgespielt wurde, erscheinen sie der Präsidentialverwaltung offenbar nicht mehr als ernsthafte und gefährliche Gegner. In der Tat ist ihr Einfluss in den letzten Jahren gesunken, obwohl sie immer noch (als fast einzige Partei) über eine kompakte und treue Anhängerschaft – vorrangig unter den älteren Bevölkerungsschichten und in den industrialisierten, von ethnischen Russen dominierten östlichen und südlichen Regionen – verfügen. Bisher ist es der KPU nicht gelungen, ausreichend Jungwähler zu gewinnen, so dass ihr Wahlpotenzial inzwischen auf 16 bis 17 Prozent gesunken ist. Bei der Parlamentswahl 1998 konnten sie knapp 25 Prozent aller Stimmen gewinnen und stellen heute mit 113 Abgeordneten immer noch die stärkste Fraktion in der Werchowyna Rada.

Dies dürfte sich jedoch diesmal ändern. Trotz ihres erklärten – aber unrealistischen – Zieles, ein Wahlergebnis von 50 Prozent zu erreichen, liegen die Kommunisten (die auch bei dieser Parlamentswahl allein antreten) zum ersten Mal in den Meinungsumfragen nicht mehr vorne, sondern hinter dem Juschtschenko-Block „Unsere Ukraine“.

Freilich bleiben sie immer noch eine ernstzunehmende politische Kraft. Auftrieb dürfte den Kommunisten die jüngste Entscheidung des Verfassungsgerichts geben: die Richter haben das Verbot der KPU im Jahr 1991 für verfassungswidrig erklärt. Auch zeigt das Auftauchen von Generalstaatsanwalt Potebencko, enger Vertrauter des Präsidenten, auf ihrer Wahlliste, dass sie als gewissermaßen „zahnlose Op-

position“ weiterhin ein wichtiges Kalkül in der Regierungsführung des Präsidenten sind.

Der Wahlblock „Für die Einheit der Ukraine“
(Za jedyu Ukrainu)

Dieser Block, ursprünglich aus der Partei der Regionen (PdR), der „Werk tätigen Ukraine“ (WU) und der Demokratischen Volkspartei (DVP) gebildet, besteht aus präsidententreuen Parteien und kann sich der wohlwollenden Unterstützung der Behörden (der sogenannten „administrativen Ressourcen“) sicher sein. Kurz nach der Gründung im Juli 2001 schloss sich die Agrarpartei an, welche die Interessen der traditionellen Agrarlobby (sprich: Kolchos-Funktionäre) vertritt. Dem Wahlblock gehören politische Schwergewichte wie der Vorsitzende der PdR, Vizepremier Semynoschenko, der Ex-Vizepremier Tihipko (WU) und der heutige Verkehrsminister und Ex-Premier Pustowojtenko (DVP) an. Darüber hinaus stehen manche Mitglieder der „Oligarchenparteien“ – z.B. der Medienmagnat und Schwiegersohn Kutschmas, Pintschuk (WU) – dem Präsidenten besonders nahe. Sehr nützlich dürften sich für den Block die Dienste von Präsidentschaftschef Litwin erweisen, der vor kurzem als Spitzenkandidat und Führer des Wahlblocks gekürt wurde. Auch Regierungschef Kinach ist als Nummer zwei mit dabei – nach dem Beitritt seiner „Partei der Industriellen“ zählt Za jedyu Ukrainu nunmehr fünf Mitgliederparteien. Insgesamt kandidieren auf der Blockliste 17 Regierungs- und Kabinettsmitglieder und zehn Leiter von Oblast- und Rayonverwaltungen. Die Medienpräsenz für den Wahlblock scheint somit gesichert zu sein, zumal die WU den Fernsehsender ICTV und die auflagenstärkste Zeitung *Fakty* kontrolliert. Kein Wunder, dass ein so prominent besetzter Wahlblock sich ein ehrgeiziges Ziel von 15 Prozent gesteckt hat; mehrere Direktmandate könnten hinzukommen. Zur Zeit liegt jedoch „Für die Einheit der Ukraine“ mit 4,9 Prozent in der Wählergunst noch ziemlich abgeschlagen und hat ihr wahres Potenzial wohl noch nicht genutzt.

Im auslaufenden Parlament verfügen nur drei Mitgliederparteien des Blocks über eine eigene Fraktion; die WU stellt mit 38 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion, die PdR ist mit 23, die DVP mit 15 Manda-

■ **Dieser Block, ursprünglich aus der Partei der Regionen (PdR), der „Werk tätigen Ukraine“ (WU) und der Demokratischen Volkspartei (DVP) gebildet, besteht aus präsidententreuen Parteien und kann sich der wohlwollenden Unterstützung der Behörden (der sogenannten „administrativen Ressourcen“) sicher sein.**

ten vertreten. Von den Mitgliederparteien hat 1998 nur die DVP an den Parlamentswahlen teilgenommen (Wahlergebnis fünf Prozent).

Die programmatischen Aussagen des Wahlbündnisses sind eher verschwommen. Neben Steuersenkungen stehen auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder die Stärkung der Regionen und der „Zivilgesellschaft“ sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Wahlprogramm, welches so auch von anderen Parteien übernommen werden könnte.

Die vereinigten Sozialdemokraten (SDPU(v))

Die von vielen Beobachtern als Oligarchenclub bezeichnete Partei (1998: vier Prozent; 32 Abgeordnete) versteht sich gut darauf, wie man mit Selbstbewusstsein und offensiv seinen Einfluss mehren kann. Koalitionen kommen für die SDPU(v) kaum in Frage – nicht zuletzt, weil sie sich mit den meisten anderen politischen Akteuren heillos zerstritten hat. Noch vor einem halben Jahr prognostizierte man der Partei ein Wahlergebnis von mindestens zehn Prozent, doch in den letzten Monaten musste sie mehrere Niederlagen einstecken. Nach Rückschlägen in einigen Regionen – wo SDPU-nahe Gouverneure durch den Präsidenten abgesetzt wurden – kam am 13. Dezember der wohl schmerzhafteste Schlag für den ambitionierten Parteichef Medwedtschuk – er verlor nach einem Misstrauensvotum den Posten des ersten Vizeparlamentspräsidenten. Hierbei kam es überraschend zu einer gemeinsamen Abstimmung der Nationaldemokraten mit den Kommunisten – die ersteren hatten Medwedtschuk seine Führungsrolle bei der Abwahl des Reformpremiers Juschtschenko im April 2001 nicht verziehen, die letzteren nahmen ihm die führende Rolle bei der Verabschiedung des Bodengesetzes übel, das ab 2005 den Handel mit Grund und Boden ermöglichen soll.

Trotz solcher Rückschläge bleiben die Sozialdemokraten ein ernstzunehmender Akteur – sie verfügen wie die Kommunisten über eine straffe Parteistruktur und kontrollieren immer noch wichtige Posten in den Regionen. Auch im Medienbereich sind die Positionen der Partei ausgeprägt; sie übt entscheidenden Einfluss auf den beliebten Fernsehsender „Inter“, die auflagestarken Zeitungen *Kiewskije Wedomsti* und *2000* sowie zum Teil auf den Sender 1+1 aus.

■ Die von vielen Beobachtern als Oligarchenclub bezeichnete Partei (1998: vier Prozent; 32 Abgeordnete) versteht sich gut darauf, wie man mit Selbstbewusstsein und offensiv seinen Einfluss mehren kann. Koalitionen kommen für die SDPU(v) kaum in Frage – nicht zuletzt, weil sie sich mit den meisten anderen politischen Akteuren heillos zerstritten hat.

Obwohl die Partei mit (westlich verstandener) sozialdemokratischer Programmatik in Wirklichkeit wenig verbindet, verspricht sie dem Wähler, sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Beseitigung der Einkommensschere und eine gesetzliche Krankenversicherung einzusetzen. Sie schwankt zwischen EU-Integration und GUS-Orientierung und spricht auch seit neuem – mit dem Beitritt des „Blocks der Ukrainischen Jugend“ – erfolgreich Jungwähler an. Neben dem Ex-Präsidenten Krawtschuk und Ex-Parlamentsvize Medwedtschuk als Parteichef verfügt die Partei noch über weitere politische und finanzstarke Schwergewichte.

Das Mittelfeld

Im bunten Mittelfeld haben nur wenige weitere Parteien und Wahlbündnisse eine realistische Chance, die Vier-Prozent-Hürde zu überwinden. Zutrauen könnte man dies in erster Linie noch den Grünen und dem Wahlblock von Julia Timoschenko. Auch die Sozialisten von Olexander Moros könnten den Sprung ins Parlament gerade noch schaffen. Nachdem das Rating dieser beiden oppositionellen Politiker in den letzten Monaten kontinuierlich gesunken war, stieg es zuletzt wieder etwas an. Die ehemalige Vizepremierministerin Timoschenko, deren Versuch, Struktur-reformen in der Energiebranche durchzusetzen, ihr zum Verhängnis wurde, klagte zuletzt über eine Informationsblockade. So weigerten sich Mitte Januar die staatlichen Druckereien auf Druck der Behörden, die parteinahen Blätter *Wetschernije Westi* und *Holos Batkiwschiny* zu drucken. Timoschenkos Wahlblock, der aus dem nach der Gongadse-Affäre gegründeten Forum der Nationalen Rettung hervorging, rutschte im vergangenen Monat in einigen Umfragen erstmals unter die Vier-Prozent-Marke. Diesem Block, der in scharfer Opposition zum Präsidialregime steht, gehören sechs Parteien an: die aus der Hromada-Partei des korrupten Ex-Premier Pawlo Lasarenko (1998: 4,7 Prozent) im März 1999 hervorgegangene und von Timoschenko selbst geführte „Batkiwschyna“ (in der Ende vergangenen Jahres die Ukrainische Konservative Republikanische Partei aufgegangen ist) sowie weitere kleinere Parteien von nur regionaler Bedeutung. „Batkiwschyna“ (24 Abgeordnete) zählt angeblich immerhin 50000 Mitglieder.

■ **Im bunten Mittelfeld haben nur wenige weitere Parteien und Wahlbündnisse eine realistische Chance, die Vier-Prozent-Hürde zu überwinden. Zutrauen könnte man dies in erster Linie noch den Grünen und dem Wahlblock von Julia Timoschenko. Auch die Sozialisten von Olexander Moros könnten den Sprung ins Parlament gerade noch schaffen.**

Schwerpunkte des Wahlprogramms sind eine Institutionalisierung der parlamentarischen Opposition, die Einschränkung der Präsidentschaftsmacht und verstärkte Repräsentation nationaler Interessen in der Außenpolitik.

Probleme mit dem Medienzugang hat auch ein weiterer Erzrivale von Kutschma, der Sozialistenchef Olexander Moros. Der Mann, der den „Kassetten-skandal“ durch die Veröffentlichung der Kutschma belastenden Tonbänder in der Werchowna Rada ausgelöst hatte, steht heute mit seiner Partei ziemlich alleine da, kann jedoch auf Protestwähler hoffen. Als besonders medienwirksam könnte sich die Aufstellung des Geheimdienstmajors Melnytschenko, der Moros die den Präsidenten belastenden Tonbandaufnahmen im Herbst 2000 zugespielt hatte, als Kandidat für die Sozialisten erweisen. Zwar hat die ZWK wegen seines Asyls in den USA diesen Vorschlag abgelehnt, doch hat die SPU inzwischen beim Obersten Gericht Einspruch erhoben. Programmatisch bietet die Sozialistische Partei (1998: 8,6 Prozent im Bündnis mit der Bauernpartei, 17 Abgeordnete) kaum andere Vorstellungen als die Kommunisten; doch ist sie nationalbewusster. Die Wiederherstellung der Sowjetunion kam für die Sozialisten nie in Frage. Sie treten gegen die Privatisierung der Großbetriebe auf und fordern in ihrem Wahlprogramm u.a. die Stärkung der Rolle des Parlaments und mehr politische Mitbestimmung, die Erhöhung der Renten auf das Niveau des Existenzminimums (342 Griwna = 70 Euro) sowie kostenlose Bildung für alle.

■ Viel wird davon abhängen, ob es diesen – allgemein als „die Opposition“ bezeichneten – Parteien gelingt, die von oben verordnete Informationsblockade zu durchbrechen.

Viel wird davon abhängen, ob es diesen – allgemein als „die Opposition“ bezeichneten – Parteien gelingt, die von oben verordnete Informationsblockade zu durchbrechen. Einen ersten kleinen Sieg hat sie bereits errungen: am 13. Dezember hat das Parlament auf Antrag von Julia Timoschenko ein Gesetz über obligatorische Fernsehdebatten für alle Kandidaten und Parteien verabschiedet. Kurz darauf legte Präsident Kutschma jedoch, wie erwartet, sein Veto ein.

Für die Grünen, die – unter ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Präsidentschaftsanwärtler Kononow – als „präsidententreue Partei“ gelten, sind solche Probleme kaum bekannt. Die programmatisch schillernde, aber medienwirksame Partei weist zwar einige wenige Umweltkompetenzen auf, gilt jedoch

als Partei, hinter der auch so mancher „Geldsack“ steckt. Sie macht schon seit Herbst 2001 auf öffentlichen Plätzen Kiews und anderer Großstädte mit Rockkonzerten und anderen Aktionen auf sich aufmerksam und scheint vor allem bei Jungwählern weiterhin beliebt zu sein. Daneben hat sie die Lösung ökologischer Probleme durch die Schaffung einer „grünen Armee“ für Umweltprojekte, kostenlose medizinische Versorgung der Alten und Kinder, Bündnisfreiheit und die Bildung einer Berufsarmee zum Ziel. Sie erhielt bei den letzten Parlamentswahlen 5,4 Prozent der Wählerstimmen und ist mit einer Fraktion von 15 Abgeordneten im Parlament vertreten.

■ Die Außenseiter

Alle weiteren Parteien können wohl nur auf Direktmandate hoffen. Auch mit ihrem besten Rating liegen sowohl die ideologisch schwer einzuordnende Partei Jabluko (deren Chef Wirtschaftsboss Brodski schon mal bei Rukh war, später mit den Sozialdemokraten liebäugelte und schließlich eine eigene Fraktion und Partei gründete) mit drei Prozent als auch das neue Wahlbündnis „Jednist“ (Einheit) des Kiewer Oberbürgermeisters Omeltschenko mit zwei Prozent in den Umfragen auf den hinteren Rängen. Auch der Wahlblock der linksextremen Progressiven Sozialistischen Partei unter der populistisch auftretenden Natalija Witrenko liegt mit 3,7 Prozent noch unter der Vier-Prozent-Marke.

Auch das rechte Spektrum hat wenig Chancen – die Nationalisten können bestenfalls auf Direktmandate im Westen der Ukraine hoffen. Und der Wahlblock der Demokratischen Union des einst mächtigen Präsidentenberaters, -finanziers und sprichwörtlichen Oligarchen Olexandr Wolkow macht mit 1,9 Prozent nurmehr eine klägliche Figur.

■ Aggressiver Stimmenfang

Zwei völlig neue Parteien haben in letzter Zeit für Aufsehen gesorgt: Die „Frauen für die Zukunft“ durch einen kometenhaften Aufstieg in den Ratinglisten; sie liegt in einigen Umfragen bereits bei sieben Prozent und wird wohl den Einzug ins Parlament schaffen. Bis zu 90 Prozent ihres Wählerpotenzials sind Frauen. Dieser Erfolg hat seinen Namen – hinter

■ **Alle weiteren Parteien können wohl nur auf Direktmandate hoffen. Auch mit ihrem besten Rating liegen sowohl die ideologisch schwer einzuordnende Partei Jabluko mit drei Prozent als auch das neue Wahlbündnis „Jednist“ (Einheit) des Kiewer Oberbürgermeisters Omeltschenko mit zwei Prozent in den Umfragen auf den hinteren Rängen.**

der Partei soll Ludmila Kutschma, Gattin des Präsidenten, stehen. Offenbar soll die Partei als „Projekt der Präsidentialadministration“ Stimmen von dem bei Frauen beliebten Juschtschenko und von Julia Timoschenkos Block abwerben.

Auch die zweite wird als eine „kreative Schöpfung“ der Präsidentialverwaltung gesehen. Es handelt sich um einen Wahlblock, der als Rukh-Abspaltung den Namen „Narodnyj Rukh Ukrainy“ trägt. Mehr als ein Prozent der Stimmen dürfte diese Gruppierung kaum bekommen. Doch könnte auch sie dem Juschtschenko-Block Wähler abfangen – oder zumindest für Verwirrung bei den beiden anderen Rukh-Parteien sorgen. Auf jeden Fall haben die Rukh-Parteien angekündigt, für den Fall einer Registrierung eine Gerichtsklage einzureichen.

Zusätzlich sollen Namensvettern von bekannten Politikern für Verunsicherung sorgen. So tritt neben Sozialistenchef Olexander Moros auch ein anderer Olexander Moros für die „Gesamtukrainische Arbeiterpartei“ an. Auf Platz 2 der Liste des neu kreierten Wahlblocks „Für Juschtschenko“ – ohne Zustimmung des Ex-Premiers gegründet – steht ein zweiter Juschtschenko. Der bekannte Politiker der Partei „Reformen und Ordnung“, Taras Stezkiw, muss in seinem Wahlkreis sogar gegen zwei weitere Stezkiws antreten. Da solche Manöver gesetzlich offenbar zulässig sind, bleibt nur die Hoffnung, dass die Wähler die Kandidaten und ihre Parteien auseinanderhalten können.

Die Beispiele zeigen, dass gewisse politische Kräfte im Wahlkampf, der bereits jetzt mit harten Bandagen geführt wird, versuchen werden, durch ähnlich klingende Partei- oder Kandidatennamen für Verwirrung zu sorgen, um damit der Konkurrenz Stimmen abzu-jagen.

■ **Die Meinungsumfragen verschiedener Institute weisen teils erhebliche Abweichungen auf. Zudem sagen diese Umfragen nichts darüber aus, welche Chancen die von den Wahlblöcken unterstützten Direktkandidaten haben.**

Die Meinungsumfragen verschiedener Institute weisen teils erhebliche Abweichungen auf. Zudem sagen diese Umfragen nichts darüber aus, welche Chancen die von den Wahlblöcken unterstützten Direktkandidaten haben. Viele Experten sind beispielsweise der Meinung, dass der Block „Für die Einheit der Ukraine“ zwar über die Parteiliste nicht sehr weit kommt, dafür aber mehr Direktmandate als z.B. „Unsere Ukraine“ holen wird. Der Direktor des Instituts für Politik, Tomenko, prognostiziert, dass

„Unsere Ukraine“ auf 130 Mandate, die Kommunisten auf 100 und der Wahlblock „Für die Einheit der Ukraine“ auf 90 Mandate kommen können. In einem Punkt sind sich aber alle einig: es wird zum ersten Mal keinen Wahlsieg der Kommunisten mehr geben.

Klar scheint aber auch, dass der Präsident, der im Vorfeld der Wahlen alle wichtigen Positionen in Regierung und Verwaltung mit loyalen Personen besetzt und sich damit erneut entscheidenden Einfluss auf Verlauf bzw. Ausgang der Wahlen gesichert hat, durch das neue Parlament keine Gefährdung seiner Machtkonzentration zu befürchten hat.

■ Anhang I: Fraktionsübersicht im ukrainischen Parlament

Fraktionen / Abgeordnetengruppen	Wahlergebnisse 1998 in Prozent	Fraktionen am 13.05.1998	Fraktionen am 18.01.2002
Fraktion der Kommunistischen Partei	24,65	121	113
Abgeordnetengruppe Werkstätige Ukraine	–	–	38
Fraktion der Sozial-Demokratischen Partei der Ukraine SDPU(v)	4,01	25	32
Fraktion Vaterland (bis 3/99 Hromada)	4,68 (Hromada)	39	24
Abgeordnetengruppe Regionen der Ukraine	–	–	23
Fraktion Rukh Kostenko	9,40	47	22
Fraktion Rukh Udowenko			14
Abgeordnetengruppe Solidarität	–	–	21
Abgeordnetengruppe Jednist („Einheit“)	–	–	19
Fraktion der Sozialistischen Partei Linkes Zentrum	8,56 (mit der Bauernpartei)	35	17
Fraktion der Demokratischen Volkspartei	5,01	92	15
Abgeordnetengruppe Demokratische Union	–	–	15
Fraktion Reformen-Kongress	3,13	–	15
Abgeordnetengruppe Jabluko („Apfel“)	–	–	15
Fraktion der Grünen	5,44	24	15
Fraktion der Progressiven Sozialistischen Partei	4,05	17	–
Fraktionslos		35	49
Gesamt		435	447

■ Anhang II: Umfrageergebnisse unabhängiger Forschungsinstitute

Partei oder Wahlblock	Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien		Zentrum für politische Analyse und Beratung	
	Dezember 2001	Januar 2002	November 2001	Januar 2002
Unsere Ukraine	19,8	19,2	19,7	18,8
Kommunisten	14,3	16,5	15,9	16,1
Frauen für die Zukunft	6,8	6,1	6,1	5,1
SDPU(v)	3,0	5,6	6,9	4,1
Die Grünen	5,4	5,0	4,8	4,9
Für die Einheit der Ukraine	5,8	4,9	5,3	5,8
Wahlblock Timoschenko	2,1	4,2	7,4	7,9
Sozialisten	2,2	3,8	4,7	4,5
Wahlblock Witrenko	2,0	2,3	4,2	3,7
Einheit	1,2	1,6	0,9	2,0
Jabluko	4,7	1,5	3,0	3,0
Demokratische Union	1,4	0,9	1,8	1,9

Das Manuskript wurde am 31. Januar 2002 abgeschlossen.